

Niederschrift
über die Sondersitzung des des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und
Beteiligungsausschusses
am 29.09.2016

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 16:55 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen (Vorsitz)

SPD

Frau Dr. Esdar

Herr Fortmeier

Herr Lufen

Herr Sternbacher

Frau Weißenfeld

(Vertretung Frau Bürgermeisterin Schrader)

CDU

Herr Helling

Herr Henrichsmeier

Herr Nettelstroth

Herr Bürgermeister Rüter ab 16:45 Uhr

Herr Weber

Herr Werner 16:30 Uhr bis 16:45 Uhr

(Vertretung Herr Bürgermeister Rüter)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Julkowski-Keppler

Frau Dr. Ober

Herr Rees

Die Linke

Frau Schmidt

BfB

Frau Becker

FDP

Frau Wahl-Schwentker

Bürgernähe/Piraten

Herr Michael Gugat

Nicht anwesend:

Frau Bürgermeisterin Schrader

Verwaltung:

Frau Erste Beigeordnete Ritschel

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus

Herr Beigeordneter Nürnberger

Frau Ley, Büro des Oberbürgermeisters

Frau Bockermann, Presseamt

Frau Stude, Büro des Rates, Schriftführung

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss fest.

--.-

Zu Punkt 1 Neuorganisation der städtischen IT in der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3602/2014-2020

Herr Oberbürgermeister Clausen beantwortet zunächst die Frage der FDP-Gruppe:

„Gab es Abweichungen des Kernteams von dem Vorschlag von PD? Welche Abweichungen waren das gegebenenfalls?“

Er stellt dar, dass die Szenarien für die IT-Leistungserbringung vom externen Berater (Partnerschaften Deutschland - PD -) entwickelt und mit dem Kernteam diskutiert worden seien. Zur objektiven Bewertung und Auswahl der Szenarien seien betriebswirtschaftliche Kennzahlen herangezogen worden: Wirtschaftliche Effekte, Qualitative Effekte, Steuerungsmöglichkeiten, Flexibilität, Geringe Umsetzungscomplexität und die Zukunftsfähigkeit. Die Auswahl dieser Kriterien, die Entscheidung über die gleichgewichtete Bewertung sowie die anschließende Bewertung anhand von Punkten sei durch PD und dem Kernteam gemeinschaftlich erfolgt. Auch das städtische Kernteam priorisiere die Durchführung des optimierten Status quo mit der Möglichkeit, die städtische IT zukünftig durch institutionelle Kooperationen weiter auszubauen. Das Kernteam habe keine Abweichungen zu dem von PD erarbeiteten Vorschlag.

Frau Wahl-Schwentker (FDP-Gruppe) begründet den Antrag ihrer Gruppe (Text s. nachfolgende Abstimmung). Wenn man dem Vorschlag der Verwaltung folge, gebe es bis auf die Auflösung des Informatik-Betriebes Bielefeld (IBB) so gut wie keine Veränderungen. Die Steuerung der IT würde von den gleichen Personen wie bisher durchgeführt und die Leistungen würden weiterhin von der Stadtwerke Bielefeld GmbH (SWB) erbracht. Das Defizit, das durch die Preisgestaltung der SWB entstanden sei, würde sich nicht ändern. Ihres Erachtens werde nicht offen kommuniziert, dass die SWB die Leistungen weiterhin erbringen solle, um einen wirtschaftlichen Schaden von der SWB abzuwenden. Das Gutachten erwecke den Eindruck, dass die SWB massiv Einfluss genommen habe. Ihre Gruppe schlage vor, nicht den Status quo sondern

die Marktlösung (Szenario VI) umzusetzen, weil diese Alternative hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und der Steuerungsfähigkeit die bessere Lösung sei. Für sie sei nicht nachvollziehbar, warum bei der Bewertung der Steuerungsfähigkeit die Marktlösung einen Punkt weniger erhalten habe, obwohl die Marktlösung nicht von dem Status quo abweiche. Würde man dem Status quo und der Marktlösung bei den Kriterien Wirtschaftlichkeit und Steuerungsmöglichkeit die gleiche Punktzahl geben, hätte die Marktlösung einen Punkt mehr als der Status quo und sei somit die handlungsführende Alternative. Ferner schlage ihre Gruppe vor, das Szenario VI bis spätestens zum 01.01.2018 umzusetzen.

Herr Helling (CDU-Fraktion) geht auf den Antrag seiner Fraktion ein, der vorsieht, bei dem Beschluss den zusätzlichen Punkt 4 „Das von den Beratern aufgezeigte Szenario V wird mittelfristig weiterverfolgt.“ anzufügen. Bei der Neuorganisation der IT müsse schrittweise vorgegangen werden, wobei man das Ziel der institutionellen Kooperation nicht aus den Augen verlieren dürfe. Der Antrag seiner Fraktion beinhalte nicht, heute die Umsetzung von Kooperation zu beschließen, jedoch müsse darüber am Ende des Prozesses entschieden werden. Bielefeld müsse sich von den vielen IT-Insellösungen trennen, die letztlich immer teurer seien als große, in Kooperationen genutzte Verfahren. Dass dies gut funktioniere, zeigten bereits Beispiele anderer Städte.

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) beurteilt die Auflösung des IBB als einen konsequenten Schritt. Der IBB habe nicht schlecht gewirtschaftet, sondern sei bezogen auf die erforderlichen Dienstleistungen unterfinanziert. Die enge Zusammenarbeit mit der SWB werde von ihrer Fraktion positiv gesehen, eine Kooperation mit den SWB sei für sie aber die zweitbeste Lösung. Zu dem Antrag der CDU werde sie sich enthalten, da sie hier noch mehr Informationen zu den Auswirkungen bräuchte.

Frau Dr. Esdar (SPD-Fraktion) erklärt, dass mit der heutigen Beschlussfassung die systembedingten Fehler der letzten Jahre bereinigt werden könnten und es der richtige Ansatz sei, um auch die Mitarbeiter/-innen mitzunehmen. Ebenso sei es richtig, nicht zu privatisieren, da die IT-Lösungen auch Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge seien. Der Antrag der CDU-Fraktion werde mitgetragen.

Herr Rees (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt den von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg und betont, dass es richtig sei, die Aufgabe in städtischer Hand zu belassen. Natürlich sei es auch wichtig, interkommunale Lösungen weiter zu verfolgen und es spreche nichts dagegen dies als Perspektive in den Beschluss mit aufzunehmen. Von daher könne dem Antrag der CDU-Fraktion gefolgt werden.

Frau Becker (BfB-Fraktion) berichtet, dass bereits im Jahr 2014 zu erkennen gewesen sei, dass der IBB personell überbesetzt sei und somit ein Missverhältnis in Bezug auf die Leistungen entstehen werde. Die nunmehr vorgeschlagene Optimierung bei Personal und Leistungen führe letztlich zu einem besseren Einsatz der Steuergelder. Dem Antrag der CDU-Fraktion werde sie zustimmen, denn es sei richtig, wenn die Optimierung abgeschlossen sei, sich für andere Kommunen und Dienstleister zu öffnen um die IT-Leistungen noch effektiver zu gestalten.

Herr Gugat (Bürgernähe/Piraten) erklärt, dass seine Gruppe sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung und dem Antrag der CDU-Fraktion anschließe. Eine Privatisierung werde schon im Hinblick auf eine offene Software abgelehnt.

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist hinsichtlich des Wortbeitrages von Frau Wahl-Schwentker auf die Seite 31 des Gutachtens, wo die Bewertung der Marktlösung näher erläutert werde. Der Gutachter bemerke, dass die Stadt Bielefeld für eine Marktlösung steuerungsseitig nicht aufgestellt und da das Modell die Auflösung einer Kooperation mit der SWB erfordere, die Wirtschaftlichkeit für den Konzern Stadt – zumindest kurzfristig – nicht gegeben sei.

Abstimmung über den Antrag der FDP-Gruppe vom 28.09.2016

1. Der Rat nimmt das vorliegende „Grobkonzept zur Neuausrichtung der IT der Stadt Bielefeld“ zur Kenntnis. Abweichend von der Einschätzung des Kernteams wird das Szenario VI „Marktlösung“ umgesetzt.
2. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Informatik-Betrieb Bielefeld (IBB) wird mit Ablauf des 31.12.2017 aufgelöst und ihre Aufgaben in die Kernverwaltung eingegliedert.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen sowie notwendige Beschlüsse herbeizuführen, um eine Rückführung des IBB und die Umsetzung gemäß Szenario VI spätestens zum 01.01.2018 sicher zu stellen.

- bei 1 Ja-Stimme mit großer Mehrheit abgelehnt -

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 29.09.2016

Punkt 4 neu:

Das von den Beratern aufgezeigte Szenario V wird mittelfristig weiterverfolgt.

- bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen -

Sodann fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

1. Der Rat nimmt das vorliegende „Grobkonzept zur Neuausrichtung der IT der Stadt Bielefeld“ zur Kenntnis.
2. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Informatik-Betrieb Bielefeld (IBB) wird mit Ablauf des 31.12.2017 aufgelöst und ihre Aufgaben in die Kernverwaltung eingegliedert.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen sowie notwendige Beschlüsse herbeizuführen, um eine Rückführung des IBB zum 01.01.2018 sicher zu stellen.
4. Das von den Beratern aufgezeigte Szenario V wird mittelfristig weiterverfolgt.

- bei 1 Nein-Stimme mit großer Mehrheit beschlossen -

Clausen
Oberbürgermeister
(Vorsitz)

Stude
(Schriftführung)